

«Frankreich ist verletzt»

Fassungslosigkeit nach Le-Pen-Erfolg

PARIS: Am Tag danach konnte es noch keiner so richtig fassen. «Nein» titelte die Zeitung «Liberation» entsetzt über einem Foto von Jean-Marie Le Pen. Der Schock über den sensationellen Triumph des Rechtsextremisten sitzt tief, viele Franzosen sehen das gesamte politische System in der Krise. Die Wähler demütigten einen recht erfolgreichen Regierungschef und verhalfen einem Radikalen mit seinen ausländer- und europafeindlichen Parolen zu einem beispiellosen Erfolg.

Uwe Gepp / AP

«Frankreich ist verletzt», kommentierte «Le Monde». Frankreich sei jetzt die «Schande der Demokratien», stellte «Liberation» verbittert fest - ausgerechnet Frankreich, das doch so gern dem Österreich von Jörg Haider und dem Italien Silvio Berlusconi Lektionen erteilt habe. Staatspräsident Jacques Chirac rief die Wähler auf, mit ihm die Republik gegen Le Pen zu verteidigen. Der geschlagene Premierminister Lionel Jospin sprach von einem «Donnerschlag».

Quittung erhalten

Keiner hatte Le Pen ernst genommen, der immer wieder getönt hatte, in der Stichwahl am 5. Mai dabei zu sein. Der Neogaullist Chirac und der Sozialist Jospin führten einen Wahlkampf, der niemanden so richtig interessierte, und der schon ganz auf das scheinbar unabwendbare Duell der alten Rivalen in 14 Tagen zugeschnitten war. Jospin erhielt die Quittung in Form einer er-



Die Medien zeigten sich nach dem Wahlerfolg des rechtsextremen Jean-Marie Le Pen empört und beunruhigt.

niedrigenden Niederlage, wie sie noch kein Regierungschef der Fünften Republik einstecken musste.

Chirac habe Le Pens «Leib- und Magenthema» Kriminalität hoffähig gemacht, betont Henrik Uterwedde vom Deutsch-Französischen Institut in Ludwigsburg. Die farblose Persönlichkeit Jospins, die Ähnlichkeit der Wahl-

programme, eine auf acht Kandidaten zersplitterte Linke und eine historisch niedrige Wahlbeteiligung taten ein übriges.

Der Kater nach dem «Schock», dem «Erdbeben», dem «Undenkbar» ist gross. Erstmals seit 1969 stehen sich nicht mehr die führenden Persönlichkeiten des rechten und linken Lagers

in der Stichwahl um die Präsidentschaft gegenüber, sondern ein von allen republikanischen Parteien geächter Aussenseiter und ein mit zahlreichen Affären belasteter Konservativer.

Nach fünf Jahren Kohabitation, der bei Gründung der Fünften Republik gar nicht einkalkulierten Zusammenarbeit eines neogaullistischen Präsi-

denten und eines sozialistischen Regierungschefs, steuert Frankreich nach Meinung vieler Kommentatoren nun auf eine Krise zu. «Das seit Jahren aus dem Gleichgewicht geratene politische System ist implodiert», bemerkt die linksliberale «Liberation». Derzeit sei völlig unklar, auf was sich die Fünfte Republik wieder aufbauen lasse.

Rangliste der 16 Kandidaten

PARIS: Zur ersten Runde der französischen Präsidentschaftswahl sind am Sonntag 16 Kandidaten angetreten. Amtsinhaber Jacques Chirac und der Rechtsradikale Jean-Marie Le Pen gehen am 5. Mai als Bestplatzierte in die Stichwahl.

Das Innenministerium gab am Montagabend die Rangfolge im amtlichen Endergebnis bekannt:

Kandidat(in)	Prozent
Jacques CHIRAC, Neo-Gaullist	19,88
Jean-Marie LE PEN, Rechtsradikaler	16,86
Lionel JOSPIN, Sozialist	16,18
François BAYROU, Liberaler	6,84
Arlette LAGUILLER, Trotzkinin	5,72
Jean-Pierre CHEVENEVENT, Linksnationalist	5,33
Noël MAMERE, Grüner	5,25
Olivier BESANCENOT, Linksrevolutionär	4,25
Jean SAINT-JOSSE, Jäger-Partei	4,23
Alain MADELIN, Liberaler	3,91
Robert HUE, Kommunist	3,37
Bruno MÉGRET, Rechtsradikaler	2,34
Christiane TAUBIRA, Radikale Linke Partei	2,32
Corinne LEPAGE, Ökologin	1,88
Christine BOUTIN, Konservative	1,19
Daniel GLUCKSTEIN, Linksrevolutionär	0,47

Koalition wird angestrebt

Wahlen in Ungarn: Ministerpräsident Orban räumt Niederlage ein

BUDAPEST: Nach der Parlamentswahl in Ungarn wollen die Sozialisten gemeinsam mit dem Bund Freier Demokraten eine Koalitionsregierung bilden. Beide Parteien bereiteten sich gestern auf formelle Verhandlungen vor.

Der sozialistische Parteichef Peter Medgyessy erklärte sich am Sonntagabend vor jubelnden Anhängern zum Wahlsieger. Vor allem Budapest erwies sich als Hochburg der Sozialisten. Die Partei gewann 27 der 32 Hauptstadtbezirke. Die Wahlbeteiligung erreichte 71,2 Prozent und war damit die höchste seit dem Ende des kommunistischen Systems 1990.

Der für die Erweiterung zuständige EU-Kommissar Günter Verheugen äusserte sich zufrieden mit dem Ablauf der

Wahl. «Mit der hohen Wahlbeteiligung haben die ungarischen Bürger ihr Bekenntnis zur Demokratie unter Beweis gestellt», sagte Verheugen in Brüssel. Ungarn habe der Versuchung von Extremisten, Anti-Europäern und antidemokratischen Kräften widerstanden. Er glaube nicht, dass sich der Kurs des Landes nun ändern werde. Sein Eindruck sei, dass auch eine Regierung unter den Sozialisten alles daran setzen werde, der EU beizutreten.

Die Sozialisten sind im neuen Parlament mit 178 der 386 Mandate vertreten. Der liberale Bund Freier Demokraten (SZDSZ) stellt 20 Abgeordnete. Ministerpräsident Viktor Orban gestand seine Niederlage ein. Seine FIDESZ kam zusammen mit dem Ungarischen Demokratischen Forum auf 188 Mandate. In voraussichtlich fünf Wahlbe-

zirken steht eine Stimmennachzählung an, da dort der Abstand zwischen beiden Kandidaten geringer als ein Prozentpunkt ist. Es wird erwartet, dass Präsident Ferenc Madl danach Medgyessy mit der Regierungsbildung beauftragt. Nach einem teilweise harten Wahlkampf schlug der Sieger am Sonntag versöhnliche Töne an. «Das Land ist geteilt», sagte Medgyessy. «Und es ist Zeit, es wieder zu einen.» Trotz des knappen Ergebnisses garantierte jedoch die hohe Wahlbeteiligung die Legitimation der neuen Regierung. «Die ungarischen Wähler sind die Gewinner dieser Wahl», sagte er.

Staatspräsident Madl rief die Parteien auf, gemeinsam für die Zukunft Ungarns zu wirken. Theoretisch könnte er auch FIDESZ als stärkste Partei mit der Regierungsbildung beauftragen.

Zweifelsfrei ein Anschlag

Die Explosion auf Djerba war ein Attentat

TUNIS: Bei der Explosion auf Djerba vor elf Tagen, bei der 17 Menschen getötet wurden, handelt es sich nach Angaben der tunesischen Behörden zweifelsfrei um einen Anschlag.

Deutschlands Innenminister Otto Schily war zuvor nach Tunesien gereist. Dabei traf er mit dem tunesischen Präsidenten Zine al-Abidine Ben Ali, dem tunesischen Innenminister Abdallah Kaabi und mit deutschen und tunesischen Ermittlern vor Ort zusammen.

Elf Deutsche, fünf Tunesier und ein Franzose starben am 11. April bei der Explosion eines mit Flüssiggas beladenen Lieferwagens vor der Synagoge La Ghriba. Schily sagte, die in Tunesien gewonnenen Erkenntnisse betrafen die Art und Weise, wie der explodierte Behälter an dem Fahrzeug angebracht

war, die verwendete Substanz und die Art der Auslösung der Explosion.

Mehrere Komplizen

Nach den bisherigen Erkenntnissen sei der Attentäter selbst bei dem Anschlag getötet worden. Man müsse jedoch davon ausgehen, «dass mehrere Personen in das Ereignis verwickelt waren», sagte Schily. Die Ermittlungen dazu seien noch im Gange. Das betreffe auch die Frage nach möglichen Verbindungen zu terroristischen Netzwerken in verschiedenen Ländern.

In den ersten Tagen nach der Explosion hatte Tunis von einem Unfall gesprochen. Schily lobte die Offenheit der tunesischen Behörden. Der deutsche Innenminister hatte sich am Sonntag am Attentats-Ort informiert und an der Synagoge Blumen niedergelegt.

REKLAME



DER AVENSIS LIFTBACK.
OB LEASING ODER BAR:
EIN SUPER ANGEBOT.

Den Toyota Avensis gibt es als Liftback mit 1,8l mit 129 PS* oder 2,0-l-VVT-i-Benzinmotor mit 150 PS* und Benzin-Direkteinspritzung* oder 2,0-l-D-4D-Common-Rail-Turbodiesel mit 110 PS bis am 31. Mai 2002 zum sehr attraktiven Leasingzins von 3,9% und auch cash zu einem aussergewöhnlichen Preis ab Fr. 31'200.-. www.toyota.ch

Alufelgen Zubehör
*nur 2,0-l-VVT-i
Leasingkonditionen: Leasingzins ab Fr. 394.95/mtl. bei 60 Monaten Laufzeit, 15'000 km/Jahr und einer Kautions von 5% auf den Nettopreis, Vollkaskoversicherung obligatorisch. Fahrzeug-einlösung bis 31.5.2002.



Leasen Sie sich mit
Sicherheit viel Sicherheit.